



Aktuelles Info für gesetzlich Versicherte in der Deutschen BKK

Die von der Bundesregierung geplante Anhebung des allgemeinen Krankenkassenbeitrags von derzeit 14,9 Prozent auf 15,5 Prozent ab Januar 2011 und die vorgesehene Erhöhung des Zusatzbeitrags auf bis zu zwei Prozent des monatlichen Bruttoeinkommens stoßen bei ver.di auf massive Ablehnung. Die Versicherten sind schon jetzt überproportional belastet:

- **0,9 Prozent mehr Sonderbeitrag**
- **10,00 € Praxisgebühr im Quartal**
- **und mehr Zuzahlungen** bei Medikamenten und Zahnersatz
- **8,00 € Zusatzbeitrag** (Krankenkassen mit Zusatzbeitrag, z.B. Deutsche BKK)

Der geplante einkommensunabhängige erhöhte Zusatzbeitrag wirkt sich besonders drastisch bei den Kolleginnen und Kollegen mit mittleren und niedrigen Einkommen aus. Damit werden ausgerechnet diejenigen, die durch die vergangenen Gesundheitsreformen, sinkende Löhne und Rentennullrunden ohnehin Kaufkraftverluste hinzunehmen haben, erneut zusätzlich zur Kasse gebeten.

Die Krone der politischen Unverschämtheit ist die Festschreibung des Arbeitgeberanteils auf 7,3 Prozent. Damit erhöht sich der Arbeitnehmeranteil bei 15,5 Prozent um weitere 0,9 Prozentpunkte auf 8,2 Prozent.

Jetzt sind alle Versicherten gefordert. Der erste Schritt kann nur heißen: **Wechsel der Krankenkasse in eine Krankenkasse ohne den Zusatzbeitrag in Höhe von 8,00 €**. Es gibt genügend Krankenkassen, die bisher auf die Zahlung des Zusatzbeitrages in 2010 verzichtet haben.

Ver.di wird diese einseitige Belastungsverschiebung auf die Versicherten nicht hinnehmen.

